

Expose : „Kindergemeinderäte in Frankreich: : politische Gründe“

Dr. Michel Koebel

« *Expertentagung zum Thema "Beteiligung Jugendlicher"* »,
Fachgespräch, 4.-5. Mai 2001, Weingarten (Deutschland).

Zuerst ein Wort über Terminologie.

Das Wort „Partizipation“ hat in Frankreich verschiedene Referenzen. Das Wort wurde von De Gaulle im Kontext der Krise von ‚Mai 1968‘ als das große Mittel wodurch das Volk mit den Führungskräfte der Gesellschaft (sei es in Politik oder Wirtschaft als Gewinnbeteiligung) wieder einig werden. Dagegen hat dieses Projekt der ‚Partizipation‘ Misstrauen in den Reihen der Protestler provoziert : ‚Partizipation‘, das heißt ‚mitmachen‘, (wörtlich: ‚teilnehmen‘), das heißt aber auch das ganze System stützen, das System gerade, wogegen ja man protestieren wollte...

Nach meiner Meinung ist diese fundamentale Zweideutigkeit des Begriffes ‚Partizipation‘ (im Französisch ist also dieses Begriff kein wissenschaftliches Konzept) noch heute aktiv, wenn Städte oder Staat eine Partizipation, zum Beispiel durch Jugendgemeinderäte, zur heutige Jugend anbietet. Ein Teil der Jugend zögert deswegen an diesen Räten teilzunehmen.

Eine zweite wichtige Begriffsbezeichnung muss hier erwähnt werden, zwar das Begriff „Jugend“ und „jung“.

Sie werden mich besser verstehen, wenn ich ein Beispiel nehme : für meine Doktorarbeit habe ich 75 Gespräche mit lokalpolitische Persönlichkeiten geleitet (und mit Tonband aufgenommen und dann niedergeschrieben, und meine Hypothesen gegenüber analysiert). In jeder der 17 Kommunen die ich ausgewählt hatte waren Gespräche mit dem Bürgermeister, sein Stellvertreter für die Fragen der Jugend, aber auch der Vertreter der Gegenpartei. Es war merkwürdig zu festzustellen dass fast nie ein Wort gegen das Kindergemeinderat an der Öffentlichkeit rausgekommen ist. Die Kindergemeinderäte scheinen besonders beschützt zu sein. Und das kann ihr Erfolg teilweise erklären. Es gab aber eine Ausnahme : in 1996 (ein Jahr nach den Kommunalwahlen in Frankreich) wurde das Kindergemeinderat schriftlich kritisiert. Der Leiter einer der Gegenparteien der Stadt „Mulhausen“ (über 100 000 Einwohner) sagte nämlich, es sei vergeudetetes Geld usw. Der Politiker war 54 Jahre alt (sein Alter hat seine Wichtigkeit) und es war sein erstes Eintritt in Politik. Die Reaktion kam von den Kindern, von Ihrer Familien : an der nächste Sitzung des Gemeinderates (ich meine jetzt der offizielle Rat !) haben die Kinder ein *Sitting* mit stilles Protest organisiert. Alle andere erwachsene Berater haben das Kindergemeinderat unterstützt. Die politische Aktion hat sich gegen den Wirker gewendet. Der arme Berater bereut heute noch seine Wörter. Er hat sich nicht mehr an den letzten Kommunalwahlen präsentiert. Aber das witzige daran kommt noch : ein Kollege (der heute der Präsident der Straßburger Siedlungsgemeinschaft ist) hat damals von ihm gesagt : er sei noch *zu jung* in Politik gewesen... „Jung“ heißt noch öfters für uns „Unreife“.

Die ersten Jugendräte in Frankreich wurden zwischen 1963 und 1967 aufgestellt. Es war eine Initiative von Gymnasiasten und Studenten, die Anerkennung gegenüber den Erwachsene und ihre kräftige Institutionen suchten. In den 1980er Jahren kam eine zweite, breitere Bewegung, in Frankreich und anderen Europäischen Ländern, besonders Belgien, Deutschland und Schweiz, die sich noch weiter ausbreitete in den 1990er Jahren in Richtung Osteuropa. Seit

den 1980er Jahren aber, übernahmen lokale Politiker die Führung. Kraft spricht mit Kindern und jungen Leuten, und lädt sie im politischen Raum ein. Aber um was zu tun?

Ab jetzt werde ich nur noch von Kindergemeinderat sprechen, obwohl die Realität vielfältig ist gegenüber des Alters und der gegebenen Namen dieser Strukturen.

Ein Kindergemeinderat wird durch eine lokale Gemeinschaft aufgestellt : sie bringt eine Gruppe von Kindern zusammen, die in diesem Gebiet wohnen und die einen gewissen Alter haben. Diese Kinder sollen alle Kinder vom betroffenen Gebiet vertreten. Auswahl ist normalerweise durch Wahlen in Schulen organisiert. Das versorgt ein gefangenes Publikum, welches Wahlteilnahme bedeutsam erhöht, und der Struktur eine gewisse Legitimität garantiert. Die gewählten Kinder arbeiten dann an verschiedenartigen Projekten wie verbesserte Sicherheit an Schulausgang, Reinlichkeit in der Kommune, Erleichterung des Zugangs zu Freizeitgestaltungen, Vielfalt der Freizeitangebote, und Verfügbarkeit von Spielplätzen. Andere soziale Probleme (wie Rassismus oder Armut) können bearbeitet werden, durch humanitären Projekten oder Bewusstseins- und Informationsaktionen. Diese Projekte werden in kleinere Gruppen gearbeitet, in Beiräte (in Frankreich werden sie „Kommissionen“ genannt) - gerade so wie der Gemeinderat arbeitet – aber unter der Richtung von erwachsenen Gruppenführern. Diese Erwachsenen sind entweder lokale Politikern oder Leuten die spezifisch für diese Aufgabe ausgewählt sind.

WIE GUT ARBEITEN SIE?

Der beschriebene Betriebsprozess ist nicht ohne seine Probleme, welche Fragen über manche Zwecke dieser Räte erheben –die meistens versteckt bleiben. Ein typisches Beispiel ist der Dialog zwischen gewählten Kindern und gewählten Erwachsenen, oft als einen Ziel abgesetzt wird. In der Praxis ist der Dialog oft arm und auf den Gruppenführer beschränkt, der durch die Kinder nur als ein Gruppenleiter und nicht als ein Politiker betrachtet wird.

Kindergemeinderäte werden als ein Probefeld für neue Formen der Demokratie präsentiert (direkte Demokratie, partizipative Demokratie). Eigentlich bieten diese Räte gar keine Neuigkeiten : sie gebrauchen genau das gleiche Modell wie traditionelle vertretende Demokratie. Nicht überraschend führt der Prozess der Delegation durch Wahl zu einer entsprechenden verschüttenden Verantwortlichkeit und Interesse für die Wähler. Ein weiteres Problem betrifft die Berücksichtigung der Ideen der Kinder im Ausarbeitungsprozess der Projekten. Die Gruppenführer, die oft die notwendigen Fähigkeiten nicht bemeistern, fördern mehr die Austausch zwischen Kindern und Gruppenführer, anstatt einer Diskussion zwischen den gewählten Kindern. Der Gruppenleiter (der eigentlich „die Stimme der Kinder“ fördern soll) lenkt die Gruppe in der Richtung seiner ihm passende Projekte (Eric Siena, Bordeaux).

All diese Probleme lassen nur wenige Spuren in den geschriebene Berichte, Auswertungen und in der Lokalpresse, die sich immer sehr positiv gegenüber der Kindergemeinderäte sich äußern. Sie wachsen lyrisch über die 'Kinder-Bürger'. Sogar die lokale Vertreter der Gegenparteien greifen selten diese Räte an, und diejenigen die es getan haben, bedauern es heute noch. Den Rat zu kritisieren, das heißt indirekt die Kinder kritisieren, und wer sie kritisiert, der greift diejenigen an, die zerbrechlich betrachtet werden, diejenigen die vom Gesetz verlangt wird, dass man sie vor allem schützt. Die Kritik geht auch zur Familie der „kleine“ Berater. So dass potentielle Kritiker gut entscheiden können, dass sie kein Interesse an der öffentliche Kritik haben.

VORSTELLUNGEN ÜBER STAATSBÜRGERSCHAFT [DER KINDER]

Hinter dem Laufen dieser Räte verbergen sich verschiedene Vorstellungen der *Staatsbürgerschaft* der Kindern und der Rolle von diesen Räten. Einige sehen es als Angelegenheit für Ausbildung ‚zukünftige‘ Bürger, andere, Kinder, die ‚bereits schon Bürger‘ sind, zu befähigen teilzunehmen. Für den ersteren, hat die Arbeit an kleinen Projekten ein pädagogisches Sinn : es ist eine Lehrzeit, eine Initiation, sowie der große Moment der Wahl. Mehr prosaisch, spezifische Projekte auszuführen dient auch die Motivierung der Kinder aufrechtzuerhalten, eine Motivierung die sich sonst schnell neigen würde. Für den Letzteren dienen Projekte, die Kinder an den lokalen Beschlussfassungs-Prozessen zu beteiligen, und reale Probleme in der Kommune aufzulösen.

In meiner Forschung habe ich bewiesen dass, obgleich politische Parteien eine anscheinend identische Angelegenheit teilen, um Staatsbürgerschaft zu fördern, verbirgt das verschiedene politische Vorstellungen. Staatsbürgerschaft von Kindern als die Ausübung eines Rechtes ist eine allgemeine Ansicht unter der ‚linke‘ Parteien (besonders der ‚Grünen‘); wohingegen Staatsbürgerschaft von Kindern im Sinne ‚eine Übung für die Zukunft‘, ist charakteristischer für die ‚rechten‘ Parteien. Hierin liegt den großen Unterschied zwischen der ‚Lektion in Staatsbürgerkunde‘, die die Kinder von ihren Älteren *nehmen*, und der Lektion die die Kinder, durch ihre originalen Ideen und ihr Engagement, den Erwachsenen *erteilen*. Es gibt eine dritte Tendenz, Eigenschaft der Vertreter der französischen Partei ‚extreme Rechts‘ : den Kindern oder Jugendlichen werden keine Kapazität anerkannt, im lokalpolitischen Raum teilzunehmen, und in solchen Strukturen mitzuwirken und Verantwortung zu nehmen.

DIE MÜNDIGE FRAGE (Als Schlusswort)

Sind diese Räte ein Zeichen der Förderung einer neuen politischen Staatsbürgerschaft vor dem gesetzlichen Alter? Sind wir Zeugen einer fundamentale Änderung der Mentalität gewisser Politiker?

Außer den Reden sind die Förderer von solchen Räten, die wirklich über die Kinder als echte, volle Bürger nachdenken, eine Ausnahme. Die meisten von ihnen denken, dass die Kinder vor allem zu lernen haben : das Kind bleibt gesetzlich unfähig, ein unfertiges Wesen das zu erziehen und zu formen ist.